

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919

12.7.1919 (No. 160)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich:
Hauptredakteur
C. K. M. e. n. d.
Druck
und Verlag:
G. Braunsche
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: vierteljährlich 6 M. 15 P.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 6 M. 32 P. — Einzelnummer 10 P. — Anzeigengebühr: die 7 mal gespartene Zeile oder deren Raum 30 P. zuzüglich 30 % Feuerungszuschlag. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klagerhebung, zungangsweiser Beirteilung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von böserer Gewalt, Streit, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Neue Vorlagen für den Landtag.

Das Ministerium des Innern läßt dem badischen Landtag demnächst drei beachtenswerte Gesetzentwürfe zugehen. Um eine größere Einwirkung der Konsumenten auf die Gestaltung der Preise für Lebensmittel und sonstige tägliche Bedarfsgegenstände zu erreichen, ist, wie schon früher mitgeteilt, an die Errichtung einer

Verbraucherkammer

gedacht. Der Entwurf ist jetzt fertig gestellt und wird nach Genehmigung durch das Staatsministerium den in Frage kommenden Organisationen übermitteln, die dazu Stellung zu nehmen haben. Einzelpersonen soll die Mitgliedschaft bei dieser Verbraucherkammer nicht zugestanden werden, dagegen gestattet der Gesetzentwurf den Berufsvereinen und den sonstigen Organisationen der unteren und mittleren Volksschichten die freiwillige Mitgliedschaft. Den Genossenschaften, u. a. auch den Wagenossenschaften für den Kleinwohnungsbau, schreibt er die Zwangsmitgliedschaft vor. Die Mehrzahl der auf 40 Sitze berechneten Kammer ist den Zwangsmitgliedern vorbehalten. Diese Art der Lösung der Mitgliedschaftsfrage steht auch im engen Zusammenhang mit der zu erstrebenden Stabilität und Sicherung des Finanzgebarens der Verbraucherkammer.

Eine Verordnung betrifft die Neuorganisation der Kommunalverbände.

Die ist vom Ministerium des Innern ebenfalls fertig gestellt und zielt darauf ab, mehr wie bisher neben den Amtsvorständen die Bezirksräte zur Verwaltung der Kommunalverbände heranzuziehen. Die Kommunalverbandsausschüsse, die bisher als Verwaltungsorgane bestellt waren, werden als Unterausschüsse beibehalten. Der Bezirksrat nimmt zu den Kommunalverbänden die gleiche Stellung ein, wie die Stadträte bei den städtischen Kommunalverbänden. Die aus den Städten kommenden Mitglieder der Bezirksräte scheiden infolgedessen für die Behandlung der Angelegenheiten der ländlichen Kommunalverbände aus und werden durch vom Lande kommende Ersatzleute ersetzt.

Bei der hohen Bedeutung der Reformierung und Neuorganisation der Kommunalverbände wird dem Landtag entsprechende Gelegenheit gegeben werden, sich ausführlich hierzu zu äußern.

Bezüglich der dritten Vorlage handelt es sich um die gleichfalls schon angekündigte

Änderung des Landwirtschaftskammergesetzes.

Nachdem die badische Landwirtschaftskammer nunmehr satzungsgemäß zu diesem Entwurf Stellung genommen hat, ist er dem Gesamtministerium zur Weitergabe an den Landtag zugegangen. Er sieht, was beachtenswert ist, einen demokratischen Aufbau und eine wesentliche andere Zusammensetzung der Landwirtschaftskammer vor. Das Alter der Wählbarkeit und der Wahlfähigkeit wird von 25 auf 20 Jahre herabgesetzt und die Verhältniswahl eingeführt. Auch den Frauen, welche die Landwirtschaft selbständig betreiben, ist das Wahlrecht verliehen. Auf der anderen Seite wurde den landwirtschaftlichen Organisationen die bisher bestandene Sondervertretung auch im neuen Entwurf völlig gestrichelt.

Gleichzeitig geht dem Landtage mit diesem Entwurfe eine Verordnung über die Einführung eines Landarbeiter-Rates zu; diese Körperschaft soll aus 12 im ganzen Lande genährten Vertretern der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter Baden bestehen; er erhält selbständige Befugnisse. Wenn soziale und andere Arbeiterfragen zu regeln sind, tritt der Vorstand dieses Landarbeiterrates mit dem Vorstand der Landwirtschaftskammer zur Beratung zusammen. Stehen diese Fragen aber in der Vollerfassung der Landwirtschaftskammer zur Debatte, dann nehmen sämtliche Mitglieder des Arbeiterrates an der Vollerfassung teil.

Die Gesetzentwürfe werden voraussichtlich erst in der Herbstsession des Landtages zur Beratung und Beschlußfassung gelangen, da der Landtag wohl bald in die Sommerferien geht.

Zur Frage der Einfuhr.

Auf die wiederholten eindringlichen Bemühungen der Regierung und der von der Regierung für die Behandlung der Ein- und Ausfuhrfragen eingesetzten Badischen Außenhandelsstelle hat das Reichsernährungsministerium der badischen Regierung die Erlaubnis zur Einfuhr von zunächst 100 Wagen Reis oder gleichwertiger Lebensmittel, sowie von monatlich 20 Wagen Öl aus der Schweiz erteilt. Verhandlungen über die Zuweisung weiterer Kontingente, sowie darüber, welche Lebensmittel hier in Betracht kommen, sind im Gange. Die Regierung beabsichtigt nicht, diese Waren selbst einzulassen, sondern die günstigsten Angebote des Handels zu benutzen. Der Absatz im Inland muß, solange die Lebensmittelknappheit besteht, nach Meinung der Regierung erfolgen. Die Angebote des Handels sind an die Badische Außenhandelsstelle in Karlsruhe, Stefanienstraße 51, zu richten.

Weiterhin wurde die Abordnung eines besonderen Vertreters des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung für Baden — und zwar in der Person eines badischen Staatsangehörigen — in Aussicht gestellt, der mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet werde

und in engerer Fühlung mit den Landesbehörden arbeiten soll. Seine Geschäftsräume sollen mit denjenigen der Außenhandelsstelle vereinigt werden. Die endgültige Entscheidung wird dieser Tage fallen.

Der badische Bahnhof in Basel

Es ist, wie verschiedentlich in der Presse mitgeteilt wurde, in der Zeit vom 15. bis 20. Juli dem Betrieb wieder übergeben werden.

Ein bestimmter Zeitpunkt für die Wiedereröffnung des Bahnhofs konnte noch nicht festgesetzt werden, weil die amtliche Zustimmung seitens der Schweiz für die Wiederaufnahme des Betriebes, die allerdings in aller nächster Zeit erwartet wird, noch nicht eingetroffen ist. Es sind alle Vorkehrungen getroffen, daß der Betrieb alsdann binnen wenigen Tagen aufgenommen werden kann.

Die Obstversorgung.

Der Vorstand des Landesverbandes der von Klein- und Großhändlern einiger größerer Städte gegründeten Obstverkaufsgenossenschaften ist an das Ministerium des Innern mit dem Antrage herangetreten, ihn zum Aufkauf und Vertrieb des z. Bt. der öffentlichen Bewirtschaftung unterliegenden Obstes neben der Geschäftsstelle der badischen Obstversorgung zuzulassen. Die Obst-Genossenschaften glauben auf diese Weise der Bevölkerung, namentlich derjenigen der größeren Städte, in reichlicherem Maße Obst zuführen zu können, als dies augenblicklich der Fall ist. Zugleich erstreben sie mit ihrem Vorgehen, der Überleitung der Obstversorgung von der Zwangswirtschaft zum freien Handel einen Weg zu bahnen. Zu diesem Zwecke sind sie bereit, die von der Regierung oder einem besonderen Sachverständigen-Ausschuß festgesetzten Höchst- oder Richtpreise einzuhalten und bei dem durch sie vermittelten Obstabsatz keinen höheren Zuschlag zum Erzeugerpreis als 25 Prozent zu nehmen, der zugleich ihre gesamten Unkosten decken soll. Die Einhaltung der gemachten Zusage will der genannte Verband durch die Festsetzung von Vertragsstrafen und gegebenenfalls Beanttragung der Entziehung der Handelserelaubnis bei seinen Mitgliedern erzwingen.

Das Ministerium des Innern hat über diesen Antrag am letzten Mittwoch eine Besprechung abgehalten, zu der außer den Antragstellern Vertreter der größeren Kommunalverbände, der landwirtschaftlichen Organisationen, des Obstgroß- und Kleinhandels, der Verbraucherkammer und die Mitglieder des parlamentarischen Ernährungsbeirats eingeladen waren. Die Vertreter der größeren Städte und der Verbraucherkammer, ebenso einzelne Mitglieder des parlamentarischen Ernährungsbeirats, gaben bei diesem Anlaß den Wunsch zu erkennen, die jetzige Zwangsbewirtschaftung des Obstes beizubehalten, mit deren Leistungen man im laufenden Wirtschaftsjahre trotz verschiedener ihr anhaftender Mängel vollzufrieden sein könne. Man dürfe bei dem Vorturfe, daß die beizubehaltenden Leistungen nicht erheblich seien, nicht außer acht lassen, daß die diesjährige Frühobsternte — namentlich diejenige der Kirichen — im allgemeinen gering sei, da die Früchte in manchen Gegenden des Landes großen Schäden angedrückt haben. Die jetzige Art der Obstversorgung gewährleistet wenigstens eine rationierung der erfassten Mengen (als eine gleichmäßige Verteilung auf die Bevölkerung), auf die bei dem ungenügenden Obstausfall das größte Gewicht gelegt werden müsse. (Dazu sei wiederholt darauf hingewiesen, daß z. Bt. der Zwangsbewirtschaftung nur Kirichen und sonstiges Steinobst — hier jedoch Kirichen, Aprikosen und türkische Kirichen ausgenommen — sowie Frühbirnen und Frühäpfel unterworfen sind. Alles übrige Frühobst, insbesondere das gesamte Weizenobst ist frei. Für die bei dem Absatz des letzteren vorgekommenen teilweise erheblich übertriebenen Preisforderungen kann die Regierung nicht verantwortlich gemacht werden.)

Die Vertreter der landwirtschaftlichen Organisationen teilten mit, daß sie selbst mit ihren Genossenschaften der Obstversorgung korporativ beitreten würden, wodurch eine bessere Erfassung des Obstes für die öffentliche Bewirtschaftung erzielt werden könnte.

Die Regierung erklärte durch Minister Kemmer, daß sie ihrerseits, solange nicht in der allgemeinen Lebensmittelversorgung Angebot und Nachfrage sich einigermaßen die Waagschale halten, die Beibehaltung einer gleichmäßigen Verteilung des Obstes — Nationierung — als den springenden Punkt aller ihrer Maßnahmen betrachten müsse. Da die Obst-Genossenschaften das zu erwerbende Obst im freien Handel an das Publikum absetzen wollten, sei der vorgeschlagene Weg z. Bt. noch nicht gangbar. Die Regierung bringe jedoch den Bestrebungen der organisierten Kleinhandels, sich in genossenschaftlichen Verbänden zusammenzuschließen und einen raschen und verhältnismäßig billigen Absatz der Waren zum Erzeuger zum Verbraucher zu vermitteln, großes Interesse entgegen. Nach ihrer Auffassung ist der Warenverkehr auf gegenseitiger genossenschaftlicher Grundlage für den Abbau der Zwangswirtschaft in nicht allzu ferner Zukunft bei einer Reihe von Lebensmitteln das erstrebenswerte Ziel. Der auf genossenschaftlicher Organisation aufgebaute Kleinhandel muß dabei neben dem Großhandel als gleichberechtigtes Mitglied in unserem Wirtschaftsleben anerkannt werden. In diesem Sinne wird die Regierung Verhandlungen, die über den Auf- und Ausbau dieses Systems bereits angebahnt sind, fortsetzen in der Hoffnung, in geraumer Zeit zu einem greifbaren, der Allgemeinheit Nutzen bringenden Erfolge zu gelangen.

Vom Tage.

(Die neuen Eisenbahner-Forderungen in Baden.)

In seiner großen Landtagsrede hat der Finanzminister Dr. Wirth der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß der „Berliner Streikerrinn“ vor den Grenzpfählen unseres Landes Halt machen werde. Diese Hoffnung scheint sich aber nicht bewahrheiten zu wollen. Die badischen Eisenbahner haben neue Forderungen an die Regierung gestellt.

Wie nicht anders zu erwarten war, hat der Finanzminister sich offen und bestimmt gegen diese neuen Forderungen ausgesprochen, die von unübersehbarer Tragweite seien. Nach der Auffassung des Gesamtministeriums kann eine Politik weiterer Lohnerhöhungen und Gehaltszulagen nicht fortgeführt werden; denn es ist notwendig, den letzten Rest, der uns von der finanziellen Leistungsfähigkeit unseres Volkes noch geblieben ist, aufzuwenden, um den Abbau der Lebensmittelpreise durchzuführen.

Die Regierung ist bereit, mit den Eisenbahnerorganisationen über einzelne Särten des jüngst abgeschlossenen Lohnvertrags zu verhandeln. Über die Höhe des Lohnvertrags kann aber nicht hinausgegangen werden. Late man dies, so würden sofort neue Ausgleichszulagen für die Beamten gefordert werden, und der Staat käme in eine finanzielle Krise hinein, deren Folgen von niemand verantwortet werden könnten. Die Regierung ist sich des Ernstes der Lage wohl bewußt; aber sie ist offenbar fest entschlossen, die Verantwortung für eine weitere, erhebliche Belastung des Etats, wie sie durch diese neuen Forderungen bedingt werden würde, abzulehnen.

Durchaus zutreffend ist es, wenn der Finanzminister gestern darauf hingewiesen hat, daß nach Lage der Dinge die Aufbringung weiterer Millionen in diesem Jahre einfach unmöglich ist, und daß man Unmögliches von der Regierung nicht verlangen dürfe. Wir möchten diese Bemerkung des Finanzministers noch unterstreichen, indem wir darauf aufmerksam machen, wie schwer es fallen wird, die neue Steuervorlage durchzubringen, gegen die sich die Kreise des Handels, Gewerbes und der Industrie mit aller Entschiedenheit zur Wehr setzen. Wir haben noch nicht einmal die Mittel bewilligt bekommen, um die eben beschlossene Erhöhung der Beamtenszulagen auszahlen zu können — denn für diese Zahlungen ist doch die neue Steuervorlage in erster Linie gedacht —, und schon meldet die Kategorie der staatlichen Arbeiter, deren Einkommen vor ganz kurzer Zeit gleichfalls erheblich gesteigert wurde, neue Forderungen an. Das ist kein Staatsbewußtsein, das ist kein Verantwortungsgefühl, das ist kein Gemeinwohl!

In einem nach sozialen Grundsätzen geordneten demokratischen Staat hat das Gemeinschaftsgefühl die Grundlage alles politischen Lebens zu sein. Wenn große Schichten des Volkes sich von dieser Rücksicht auf das Gemeinwohl losagen und nur ihren eigenen Interessen dienen wollen, dann wird der demokratische und soziale Gedanke zu einer Farce. Ein Volk, das sich selbst regiert, ein Volk, das selbst als der staatenbildende Souverän verfassungsmäßig in Erscheinung tritt, ein solches Volk hat auch, und zwar in allen seinen Schichten, die staatsbürgerliche Pflicht, sich bei einem jeden Schritte zu fragen, ob dieser Schritt dem Allgemeinwohl entspricht oder nicht. Das ist ja gerade der sittliche Gehalt des sozialen Gedankens im Gegensatz zur Selbstsucht des starren Kapitalismus, daß ein jeder Mensch, ein jeder Staatsbürger den Drang in sich fühlen soll, mit seinen Mitmenschen zusammen den Staat aufzubauen und zu erhalten und seine eigenen Handlungen so einzurichten, daß auch die Interessen dieser Mitmenschen, d. h. also die Interessen der anderen Volksschichten, nicht darunter leiden. Die Politik der Eisenbahner, die in voller Verkenntnis der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Lage nur die eigenen Entbehrungen und Lebensmittelmängel sieht und die der anderen ignoriert, eine solche Politik liegt abseits von der Welt sozialer Gedanken. Eine Politik aber, die sich nicht scheut, um der Befriedigung eigener Interessen willen die Gefahr eines Staatsbankrotts, die Gefahr eines völligen Zusammenbruchs heraufzubeschwören, eine solche Politik ist nicht nur unsozial, sondern sie ist auch im höchsten Grade unflug und töricht, weil der

Mit einer Beilage: 35. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Zusammenbruch Zustände schaffen müßte, unter denen es den Eisenbahnern, wie natürlich uns allen, noch viel, viel schlimmer ginge als jetzt.

Wiederholt haben wir an dieser Stelle den Plan zum Abbau der Lebensmittelpreise, wie ihn der Reichsernährungsminister Schmidt der Öffentlichkeit unterbreitet hat, als das Beste, weil am unmittelbarsten wirkende Heilmittel gegen die Krankheit unseres Wirtschaftskörpers gepriesen. Die Eisenbahner scheinen aber ganz zu vergessen, daß dieser Abbau der Lebensmittelpreise, der verbunden ist mit einer stärkeren Heranschaffung ausländischer Lebensmittel, nur erfolgen kann, wenn das Reich, das heißt also die Volksgesamtheit, die anderthalb Milliarden Mark, die für die Durchführung des Planes notwendig sind, aufbringt. Denn das Reich muß ja die Lebensmittel an sich sehr hoch und sehr teuer bezahlen, und wenn es sie dennoch zu billigen Preisen verteilen läßt, dann muß die Differenz, die sich so ergibt, doch aus der Finanzkraft des ganzen Volkes gedeckt werden. Diese Differenz aber wird, wie wir wiederholen möchten, für die nächsten 3 Monate nicht weniger wie anderthalb Milliarden Mark (1500 Millionen Mark) betragen.

Nun darf weiter von niemandem verkannt werden, daß dieser Abbau der Lebensmittelpreise doch die beste und nützlichste Lohnerhöhung darstellt. Denn was helfen dem Arbeiter die höheren Löhne, wenn die Lebensmittelpreise so hoch sind, daß er sie kaum bezahlen kann? Es ist doch sonnenklar, daß 10 000 Mark Einkommen bei einem Lebensmitteldurchschnittspreis von 15 Mark für das Pfund Schmalz weniger bedeuten, wie 6000 Mark Einkommen bei einem Durchschnittspreis von 5 Mark für das Pfund Schmalz, wobei natürlich das Schmalz nur als Symbol für alle übrigen wichtigen Lebensmittel figuriert. (Bei dieser Gelegenheit möchten wir übrigens darauf aufmerksam machen, daß Erzberger, wenn er in seiner letzten Rede von einem Arbeitereinkommen von 7500 Mark sprach, dabei Berliner Verhältnisse im Auge hatte; selbstverständlich ist das Arbeitereinkommen bei uns in Baden keineswegs so hoch.)

Wir wollen hoffen, daß die Eisenbahnerorganisationen die schwerwiegenden Gründe, die die Gesamtregierung gegen die neuen Forderungen anzuführen hat, und die wir hier nochmals umschrieben haben, anerkennen werden. Dringend möchten wir den Eisenbahnern raten, mit Vernunft und Einsicht die ganze Frage nochmals zu überprüfen, damit nicht durch Unbesonnenheiten das allgemeine Wohl unseres Volkes gefährdet wird. Vor allem aber möchten wir empfehlen, doch erst einmal die Wirkung der Politik des Abbaus der Lebensmittelpreise abzuwarten.

* Der Aussenhandel Deutschlands nach dem Kriege.

Von unserm handelspolitischen Dr. L.-Mitarbeiter in Berlin wird uns geschrieben:

Der Friedensschluß hat den Hoffnungen jener ein Ende gemacht, die in ihrem Optimismus noch immer daran festgehalten hatten, daß der freie Handel nach dem Kriege genau da wieder anknüpfen könne, wo er im Juli 1914 stehen geblieben sei. Wie gewaltig seitdem die Welt sich verändert hat, dürfte den Vätern so recht zum Bewußtsein kommen, wenn sie sich anschauen, die Friedensarbeit auf dem Weltmarkt wieder aufzunehmen. Alte Reiche sind verschwunden, neue an ihre Stelle getreten, andere noch in der Bildung begriffen, und dazu hat die Politik gerade in Osteuropa noch eine Fülle der verschiedensten Probleme zu lösen, durch die Deutschlands Zukunft ganz beträchtlich beeinflusst werden wird. Einst dachte die deutsche Diplomatie, zum Schutz des Vaterlandes gegen die zahlenmäßige Überlegenheit des Ostens eine Reihe von Randstaaten als Kampfmittel gegen uns, indem sie schon durch ihre bloße Existenz eine nähere Verbindung zwischen Deutschland und Rußland verhindern sollen, vor allem aber auch den hegemonialen Weg zum Meer mit Rußland offen halten und ihnen eine Plankstelle im Osten Deutschlands sichern sollen, die Deutschland in jedem Augenblick gleichsam in die Hand nimmt. Polen, Lettland, Estland, Litauen und die Ukraine drängen sich zwischen uns und Rußland, und es ist unaussprechlich, daß man hüben wie drüben das Bestreben haben wird, über diese Barriere hinweg den Güteraustausch wieder aufzunehmen. Daran werden keine Zölle und keine Eisenbahn-Kampftarife etwas ändern.

In einer Beziehung wird unser Außenhandel und auch unsere eigene Produktion schwer zu leiden haben: nämlich dadurch, daß, entgegen dem Programm Wilsons, wir keine Kolonien mehr besitzen werden und daher hinsichtlich des Bezugs der allerwichtigsten Rohstoffe, wie Baumwolle, Wolle, Kupfer usw. von fremden Staaten abhängig bleiben, ja, daß die Alliierten sich die Möglichkeit vorbehalten haben, unsere Einfuhr an notwendigen Rohstoffen zu rationieren.

Nicht weniger schwer trifft uns, daß in den vier Kriegsjahren jene Staaten, die durch Beteiligung am Kriege selbst nicht in Mitleidenschaft gezogen wurden, oder die, wie Japan und die Vereinigten Staaten, stark genug waren, trotzdem ihre Industrie zu entwickeln, sich darauf geworfen haben, unsere Spezialartikel nachzumachen. So haben die englische und amerikanische Farbenindustrie es erreicht, die Mehrzahl unserer Farben herzustellen, Spanien und Japan sind auf anderen Industriegebieten als Konkurrenten aufgetreten, und bezeichnend ist, daß der Wettbewerb Japans sich bis ins Mittelmeer vorgewagt hat. In Zu-

kunft dürfte schwerlich der Fall eintreten, daß es heißt: „Deutschland allein kann diesen oder jenen Artikel herstellen“; sondern viele Mitbewerber werden auf dem Plane erscheinen und die Konkurrenz für sich zu gewinnen versuchen. Und die Zwischenzeit, wo wir draußen auf den Märkten fehlen, ist überall gegen uns ausgenutzt worden. Auf dem südamerikanischen und besonders dem argentinischen Markt bemühen Engländer und Franzosen sich, unseren Platz dauernd zu behaupten. Die Blockade hat ihnen ja alle Mittel gewährt, Einblick in unsere Handelsbeziehungen zu gewinnen, und unsere Methoden ahmt man mit Fleisch und Ausdauer nach. Während der Engländer früher nur englische Kataloge hinaus sandte, und seine Handelsvertreter mit Englisch allein durch die Welt kamen, hat man jetzt diesen Fehler eingesehen und bemüht sich, ihn nach besten Kräften abzustellen. Für den deutschen Handel dürfte es daher um so schwerer werden, die alten Beziehungen wieder anzuknüpfen und neue zu gewinnen.

Auf die Zollpolitik soll hier nicht näher eingegangen werden; immerhin muß in Rechnung gestellt werden, daß das britische Weltreich im Begriffe steht, durch ein gut ausbalanciertes Vorzugszoll-Tarifsystem unerwünschte Konkurrenz nach Belieben auszuschießen — und England war vor dem Kriege unser bester Abnehmer. Andere Staaten, wie z. B. Kanada, gehen dazu über, jenen Ländern, die gern ihre Lebensmittel und Rohstoffe abnehmen möchten, aber die hierzu nötigen Zahlungsmittel nicht aufbringen können, beträchtliche Kredite einzuräumen, wodurch nicht nur für jetzt, sondern auch für die Zukunft die Handelsbeziehungen zwischen Gläubiger und Schuldner um so fester geknüpft werden sollen. Die Vereinigten Staaten wollen daselbst System in Sibirien anwenden, und es scheint, daß diese Verknüpfung zwischen Handel und Kredit bahnbrechend wirken wird.

Von der größten Bedeutung für die Entwicklung des künftigen Welt Handels wird natürlich die Schifffraumenfrage sein. Unsere Stellung ist bekannt; wir sehen die Vereinigten Staaten unseren Platz einnehmen, indes Japan alles aufwendet, um wenigstens im Stillen Ozean den Wettbewerb mit England und der Union aufnehmen zu können. Und andere Staaten, wie Schweden und Spanien, lassen sich gleichfalls die Entwicklung ihrer Handelsflotte angelegen sein; sogar die Schweiz will nicht zurückbleiben, sondern über Genoa oder Marseille eigene Dampferlinien laufen lassen. Eigentümlich wird es in London berühren, daß amerikanische Dampferlinien direkt nach Konstantinopel und Kopenhagen gelegt werden, womit die Union bekundet, daß sie in der Ostsee, wie im Mittelmeer, als ernsthafter Konkurrent der eignen Alliierten aufzutreten gewillt ist und daß die engen politischen Bande die Herren von Wall Street nicht hindern, ihren eigenen Vorteil in die erste Linie zu stellen. So werden in Zukunft neue Handelsstraßen eine wichtige Rolle spielen, und mit ihnen werden neue Großhandelsplätze in den Vordergrund treten. Schon jetzt hebt sich die Bedeutung Kopenhagens scharf hervor, und in Schweden und Norwegen herrscht dieserhalb einige Besorgnis; man möchte Gotenberg und Christiansund gern zu Handelsemporien machen, die den Wettbewerb mit Kopenhagen aufnehmen könnten, doch die günstige Lage der „Königin am Sund“ wird kein anderer Hafen, und wenn noch so viele Millionen auf seinen Ausbau verwendet werden, wegzumachen imstande sein. Daß die offensündige Bevorzugung Kopenhagens sich gegen Hamburg richtet, liegt auf der Hand! doch die alte Hansestadt hat schon ernstere Gefahren überstanden!

So sehen wir, daß die Welt draußen, wenn unsere Kaufleute und ihre Vertreter wieder hinausziehen, um die alten Handelsbeziehungen neu aufzunehmen, ein anderes Gesicht zeigen wird, als im Juli 1914. Natürlich wird ihnen der Schutz und die Unterstützung der deutschen Regierung nach jeder Richtung hin zur Seite stehen, und umfangreiche Maßnahmen sind getroffen, oder werden zurzeit noch ausgeführt, die unserem Handel seinen Wiedereintritt in den Kreis des Welt Handels erleichtern sollen. Das Wichtigste müssen natürlich Produzenten und Handel selbst tun: durch ihre Waren die Konkurrenz der anderen aus dem Felde schlagen. Und sollte einstweilen die Knappheit an Rohstoffen die Menge der Waren beschränken, so möge man dafür als Ersatz „Dualitätsware“ zu liefern bestrebt sein, die so leicht niemand nachahmt. Verhehlen wir es uns nicht: unser Außenhandel steht vor einer äußerst schwierigen Aufgabe, doch wir dürfen die Zuversicht hegen, daß er sie lösen wird, wenn alle daheim im Vaterlande mit Hand anlegen, um neue Werte für die Ausfuhr zu schaffen.

Politische Neuigkeiten.

Die Aufhebung der Blockade.

* Der Oberste Rat der Alliierten hat, wie aus Versailles bezeugt wird, beschlossen, die Blockade von heute, den 12. Juli ab, aufzuheben.

Einmalige Fettzulage.

* Nachdem der Reichsernährungsminister vor wenigen Tagen erklärt hat, daß eine Verbesserung der Lebensmittelversorgung zu verbilligten Preisen eintreten soll, wird zur Behebung des dringenden Fettmangels im Laufe des Juli eine einmalige monatliche Zulage von ausländischem Speisefett in der Höhe von 200 Gramm abgegeben.

Vernichtende Anklagen gegen Ludendorff.

In Erwiderung der Versuche Ludendorffs und seiner Verteidiger, die Ursache des Zusammenbruchs der Armee dem Volk und der Revolution in die Schuhe zu schieben, richtet Oberge-

schreibsfor A. Fuchs im „Dorimunder Generalanzeiger“ einen offenen Brief an Ludendorff, in dem er diesen beschuldigt, mit Bewußtsein die öffentliche Meinung zu fälschen und das deutsche Volk heute noch so zu belügen, wie er es fünf Jahre lang belogen habe. „Die Tatsachen, mit denen Fuchs diese Behauptung begründet, sind“, so schreibt das V.-L., „wahrhaft ungeheuerlich und zeigen einen kaum glaublichen Tiefstand moralischer Verantwortungslosigkeit bei der Führung des deutschen Heeres. Wir erfahren, daß bereits im Herbst 1917 die Anfertigung schwerer Kanonentröbe bei der Industrie abgestellt wurden, weil Ludendorff in der für März 1918 geplanten Offensiv die Kanonen auf Feindesseite holen wollte oder vielmehr durch seine Soldaten holen lassen wollte. Doch es kam anders: In der Planbernschlacht verlor die deutsche Armee (wer wußte bisher etwas davon?) an einem einzigen Tage ihre gesamte Besetzung, 8000 Kanonen des schwersten Kalibers. Ein Ersatz war nicht mehr zu schaffen, denn auf Ludendorffs Befehl waren in den Geschützfabriken die Maschinen abmontiert worden. Anmengen von Granaten mußten aufgestapelt werden und waren nicht zu verwenden, weil keine Kanonen da waren. Bereits dreierlei Jahr vor dem Zusammenbruch stand die deutsche Armee dadurch ohne schwere Artillerie im Feuer.“

„Sie wußten“, ruft Fuchs General Ludendorff zu, „wie die Sache stand — und verhandelten dennoch nicht mit dem Gegner, sondern harsardierten weiter, indem Sie Menschen gegen die Kriegsmaschinen der ganzen Erde nutzlos vortrieben.“

Und die Anlagen saßen weiter hagelnd hernieder: „Die große Isonzo-Gegenoffensive verpuffte, weil 5000 abgeschossene 21-Zentimeter-Granaten nicht lösgingen und wirkungslos zwischen die italienischen Reihen fielen. Doch Ludendorff darf ja die Wahrheit nicht gestehen; er telegraphierte drei gewaltige Siege ins Land und schickt zu gleicher Zeit einen Offizier mit den Fuchthaus-Paragrafen auf die Munitionswerke zur Untersuchung der Schuldfrage der Niederlage.“

Unser Material wird schlechter und schlechter, wir haben keine Kanonen, keine Tanks, kein Material. Die zahlenmäßige und vor allem die technische Überlegenheit der Entente wächst ungeheuer —

100 Maschinengewehre schießen mehr wie 10, 1000 schwere Kanonen mehr wie 100 leichte, 10 000 Tanks und Scharen von Fliegern richten ganz anderen Schaden an, wie gar keine.

Ganz genau weiß es die Heeresleitung, daß es kein Entzinnen mehr vor dem Zusammenbruch gibt; doch Ludendorff tut, als wenn er kurz vor der Beschießung von New-York stünde, und bestellt gewaltige Mengen von 42-Zentimeter-Granaten: Ein niederträchtiger Wulst, ein schamloser Volksbetrug.“

Und nun, so schließt das Blatt, die furchtbare Anlage, die Fuchs gegen Ludendorff am Schluß schleubert:

„Uns hat die Masse umgebracht, die Zahl, die jeden andern auch niedrigerungen haben würde!“

Und daß das gründlich geschah, dafür haben Sie selbst am meisten georgt. — und nicht das deutsche Volk, das heute noch Hunger leiden muß, für die Verräter, die es feige verlassen haben, oder in der Stunde der höchsten Not mit Unrat bewarfen, wie Sie, Herr Ludendorff!

Der französische Massenstreik am 21. Juli.

* Nach dem „Daily Telegraph“ werden am 21. Juli in ganz Frankreich, Estsch-Belgien, Tunis und Alger keine Züge fahren. Auch die Post- und Telegraphenanstalten werden streiken und wollen damit gleichzeitig gegen die Zensur und gegen die Regierungspolitik protestieren. Ferner werden die Bau-, Metall-, Hafen- und Bergarbeiter am Streik teilnehmen.

Beschlüsse des holländ. Parlaments.

Die holländische Zweite Kammer hat die 45stündige Arbeitswoche angenommen. Die Erste Kammer nahm mit 34 zu 5 Stimmen die Vorlage Warchand auf Einführung des Frauenstimmrechtes an.

Badische Uebersicht.

* Badische Wochenrückblicke.

(Französische Willkürherrschaft in Nehl. — Friedensschluß und Schieberdämmerung. — Der Kampf der Volkswehr gegen den Bucher. — Mietsteigerungen, Wohnungsnot und Heimstättengezet.)

Mit der ganzen Willkür des strupelosen Siegers, der seinen Übermut an der mehrfachen Bevölkerung eines bergwäلتigen Landes ausläßt, haben sich die Franzosen im Hanauer Lande häuslich eingerichtet. Daß sie von der Besetzung nicht eine zeitweilige, sondern die definitive Konzeption des Brückenkopfbereichs erhofften, war von vornherein nicht zweifelhaft. Es konnte deshalb nicht überraschen, daß einige künstliche Kreaturen vom Schlage des berüchtigten Agenten Compa alsbald die Bevölkerung zum Abfall vom Mutterlande zu verführen versuchten — bis heute, dank dem gefundenen Sinn des Hanauer Volkes, glücklicherweise ohne Erfolg. Widerstand aber schon die Anzettelung bezog. Unterstützung dieser hochverräterischen Bestrebungen dem Sinn des Waffenstillstandsvertrags und der Friedensbedingungen, so bedeutet das empörende Vorgehen der französischen Machthaber gegen die mit der Bekämpfung dieses Hochverrats betrauten deutschen Beamten eine neue unerhörte Verhöhnung alles Rechtsempfindens und der Bestimmungen der Haager Konvention. Nach diesem Abkommen bleiben die Landesgesetze auch für das besetzte Gebiet maßgebend. Die badischen Beamten waren also bei ihrem Vorgehen durchaus im Rechte, und schon ihre Verhaftung stellte infolgedessen einen kräftigen Übergang der französischen Behörden dar. Geradegu schmähtlich und von unwürdiger Kleinlichkeit der Gesinnung zeugend aber war die rohe und grausame Behandlung, der man sie im Gefängnis unterwarf und die Strafe, zu der sie widerrechtlich verurteilt wurden. Dieser rohe französische Willkürakt im Augenblick des Friedensschlusses ist geradezu ein Hohn auf den Gedanken einer Völkerverständigung und läßt heute schon erkennen, auf welcher Seite die Schuld zu finden ist, wenn eine neue Ernte des Hasses und der Verbitterung aus der Drachensaat des „Friedenswerts“ von Versailles aufgehen sein wird. Wie schon gemeldet, hat die badische Regierung eine sofortige Protestaktion gegen das Urteil eingeleitet, und es ist zu hoffen, daß der Schrei der Entrüstung, die dieser von häßlichem Chauvinismus diktierte, bewirkte Justizmord überall herbeidorfen muß, wo nicht jeder Rest von Rechtsempfinden und Menschlichkeit erloschen ist, auch in Frankreich nicht ungehört bleiben wird.

Für die Junft der Buchergefellen und Schieber, der wir den Hauptteil unseres inneren Glanz verdanken, sind peinliche Tage angebrochen. Die Verbilligung der Auslandslebensmittel war der erste tödliche Schlag für sie, und mit der heute erfolgten Aufhebung der Blockade dürfte

die seit langem fällige Götterdämmerung über sie hereinbrechen. Schon seit Tagen liegt man im Angeheimen großer Tages- und Nachmittagsmessen gewaltiger Warenmengen, ein Zeichen, daß die Nachfrage — wenigstens zu Spekulationszwecken — in Erwartung der Auslandslieferungen schon kräftig nachzulassen beginnt. Wie von den verschiedensten Seiten übereinstimmend berichtet wird, lagern in den neutralen Ländern gewaltige Mengen von Nahrungsmitteln und Bedarfsartikeln aller Art, und es kann nach Öffnung der Grenzen vermutlich nur wenige Tage dauern, bis der dringendste Bedarf im Reich gestillt sein wird. Auch in besetzten Gebieten lagern große zur Einfuhr in das unbefestigte Deutschland bestimmte Vorräte. So wurde nach zuverlässigen Meldungen dieser Tage in Ludwigshafen eine Anzahl ausländischer Import- und Exportfirmen errichtet, die ihre Waren wagonweise abzugeben suchen. Der Zentralpunkt des Abflusses für den Lebensmittelverkehr ist damit von Saarbrücken nach Ludwigshafen verlegt worden, in der Voraussetzung, daß man mit Mannheim Umschlüsse machen kann. Ludwigshafen ist nach einer Vätermeldung mit ausländischen Lebensmitteln überschwemmt. Butter, Wurstwaren, erstklassiges Rind- und Schweinefleisch kann man wagonweise haben. Schmalz, Speisefett, Kakaoschokolade, Tee, Kaffee, Konfekt, Speck, amerikanischer Schinken, Geräucherter, Butter, Käse, alles wird geboten. Es hielten schon Millionenabflüsse gemacht worden sein. Selbstverständlich werden all diese Dinge vorläufig noch nicht gerade billig sein; doch wird schon die Tatsache, daß sie überhaupt da sind und die Gewissheit, daß künftighin kein Mangel mehr herrschen wird, sofern unser Geld nicht durch neue Streiks und Unruhen noch weiterhin entwertet wird, die Preisbildung auch für die nichtrationierten Artikel in erträglichen Grenzen halten, so daß die Wahrscheinlichkeit der Erzielung wucherischer Gewinne für die Spekulanten auf ein Minimum zusammensinkt. Sorge der Aufsichtsorgane wird es natürlich trotzdem sein, dafür zu sorgen, daß die eingeführten Warenmengen nicht alsbald hinten herum verschwinden. Der Bevölkerung aber ist anzuraten, sich beim Einkauf die erteilte Zurückhaltung aufzuerlegen und nur den augenblicklichen Bedarf zu decken.

Wie wir übrigens soeben vernehmen ist es den dankenswerten Bemühungen der badischen Regierung gelungen, vom Reichsernährungsministerium die Erlaubnis zur Einfuhr von zunächst 100 Wagen Reis oder gleichwertiger Lebensmittel sowie von monatlich 20 Wagen Öl aus der Schweiz zu erhalten. Aber die Zumeisterung weiterer Kontingente wird noch verhandelt. Die Regierung beabsichtigt, wie wir an anderer Stelle mitteilen, nicht, diese Waren selbst einzulassen, sondern die günstigsten Angebote des Handels zu benutzen. Der Absatz im Inland muß, solange die Lebensmittelknappheit besteht, nach Befreiung der Regierung erfolgen.

Der Kampf der Volkswehren gegen den Wucher hat zu einem lebhaften Meinungsaustausch über die Zweckmäßigkeit des dabei befolgten Vorgehens geführt, das von einem Teil der Bevölkerung gutgeheißen, vom Rest dagegen verurteilt wird. Kritisiert wurde vor allem das Einschreiten der Volkswehr in Neuburgweier und zwar mit der Begründung, daß dadurch eine willkommene Ernährungsquelle für die Karlsruher Bevölkerung verstopft worden sei und daß man es den Franzosen hätte überlassen sollen, den Schmuggel über den Rhein zu unterbinden. Diese Ansicht hat allerdings etwas für sich, bei der Beurteilung fällt aber die Frage ins Gewicht, ob die Franzosen den Schmuggel nicht etwa schon vorher tatsächlich abgestellt hatten, die Volkswehr also lediglich dafür sorgte, daß die einmal herbeigekommenen Waren nicht zu Wucherpreisen vertrieben wurden. Und diese Frage ist nach allem, was wir hören, zu bejahen. Die in Neuburgweier verlangten Preise waren in der Tat nichts anderes als Wucherpreise. Aber selbst wenn der Volkswehr bei ihrem Vorgehen einmal ein Mißgriff unterlaufen sollte, so wird man ihrem Eingreifen im allgemeinen die Anerkennung nicht verweigern können. Sie hat im Laufe der letzten Wochen enorme Vorräte von Lebensmitteln, die dazu bestimmt waren, zu Wuchertreiben an besonders begünstigte Kreise verkauft zu werden, den Kommunalverbänden zugeführt, und sie hat vor allen Dingen eine Reihe von Schwarzschlächtern das Handwerk gelegt. In einer sozialdemokratischen Zeitung wurde dieser Tage mit Recht betont, daß das Volk nicht nur von der Regierung die Bekämpfung des Schleichhandels fordern, sondern die Regierungsorgane in diesem Kampf auch unterstützen und nicht wegen jedem Fehlgriff, der sich dabei ergibt, Sturm laufen sollte. Von diesem Gesichtspunkte aus aber ist, so lange wir auf die Zwangswirtschaft angewiesen sind, auch die Kontrolltätigkeit der Volkswehr grundsätzlich gutzuheißen.

Zahlreiche Familien sind in diesen Tagen wieder mit zum Teil recht erheblichen Mietsteigerungen bedacht worden. In manchen Fällen mögen die Hausbesitzer zu den Steigerungen durch die Verhältnisse genötigt worden sein. Andererseits sind uns Fälle bekannt, in denen Besitzer von Zinshäusern die Mieten nun schon zum zweitenmal im Laufe eines Jahres erhöhten, obwohl sie seit 1914 keinen Pfennig für Reparaturkosten ausgaben. Wie wenig die behördlichen Vorschriften berücksichtigt werden, beweist der Fall eines Hausbesizers, der die Preise sämtlicher Wohnungen seines vor kurzem erst erworbenen Hauses unter der unwahren Behauptung zu erhöhen versuchte, daß das Mietvertragsamt die Genehmigung dazu erteilt habe. Angefichts der nach wie vor bestehenden Notlage

Sommertheater.

Den „Bruder Straubinger“ umzubringen, ist ein schwieriges Stück Arbeit. Wenn man es vorgestern beinahe fertig brachte, so lag die Ursache vor allem an der trockenen Regie Herrn G a n d e s und an der schleppenden musikalischen Leistung Herrn P i p p i n g s, ferner an der Unsicherheit, die bei einigen Ensemblemitgliedern in Chor und Orchester zutage trat. Erfreulicher waren die Leistungen der Solisten, vor allem die liebenswürdig-mieliche Deali Fr. S c h l a g e r s. Der sympathische junge Künstlerin, deren hübsches Stimmmaterial und gute gesangstechnische Schulung eine häufigere Verwendung rechtfertigen würden, fehlt lediglich die Gelegenheit zur Erlangung der nötigen Routine, um sich zu einer höchst brauchbaren und schätzenswerten Bühnenkraft zu entwickeln. Der neue Operntenor, Herr F a b e r, erfreute durch den schönen warmen Klang seines kräftigen und leicht anprechenden Organs. In darstellerischer Hinsicht bot ihm die Rolle des Fürsten wenig Gelegenheit, sich hervorzuheben. Die Kostümierung, für die er wohl kaum verantwortlich zu machen war, wirkte eher lächerlich als elegant, das war jedoch auch von der Ausstattung der Wehrzahl der Mitwirkenden, vor allem der Hofdamen und der Soldaten, so sagen. Mit wirklichem Humor gab Herr S l o b O b e r l a n d die Titelrolle. Ihm und den beiden vorerwähnten Darstellern war es denn auch wohl ausschließlich zu verdanken, daß wenigstens gegen Ende des zweiten und während des dritten Aktes noch so etwas wie Stimmung im Publikum aufkommen konnte. Es war schade, daß die Regie, die uns in letzter Zeit eine Anzahl sehr guter Aufführungen beschiede, nicht auf einer sorgfältigeren Einübung der Operette bestanden hätte.

Tausender von Mietern, die, teils aus Mangel an Vertrauen zu den Einigungsämtern, teils aus Furcht vor Schikanen oder späterer Kündigung, auch ungerechtfertigte Steigerungen stillschweigend auf sich nehmen, ist es zu verstehen, daß der vor kurzem hier erwähnte Entwurf eines Heimstätten-gesetzes von Regierungsrat Kampffmeier nach wie vor aufs lebhafteste erörtert wird. In einer Reihe von Versammlungen in verschiedenen Städten des Landes wurden Entschlüsse gefaßt, in denen die sofortige Einführung des Gesetzes gefordert wurde. Auch die Presse beschäftigt sich lebhaft mit dem bedeutsamen Projekt, dessen Verwirklichung zu einer völligen Umwälzung der heutigen Wohnungsverhältnisse führen würde. Mehrfach wurden Gegenentwürfe zu einigen der wichtigsten Vorschläge Kampffmeiers gemacht, so von dem Karlsruher Fabrikanten Stadtrat Braun, der u. a. rief, von einer Vergesellschaftung abzugeben und statt dessen die bisherigen Mieten mit wenigen Prozent Zuschlag zu versehen und diese Zuschläge zu Abtrotterungszuschüssen für Wohnungsneubauten zu verwenden. Dieser Vorschlag stößt nun seinerseits auf Widerspruch, so lehnt ihn beispielsweise die „Neue Wäldschut-St. Blätter Zeitung“ in einem „Wohnungsnot und Sozialisierung“ überschriebenen Artikel im Interesse der weniger mit Gütern gesegneten Kreise ab, da sie es sein sollten, die die künftigen Neubauten mit ihrem Geldbeutel finanzieren sollen, während der Kapitalismus sich drüde. Weiter weist der Braunsche Gegenentwurf darauf hin, daß die Wohnungsnot teilweise nur eine vorübergehende Erscheinung sei, so daß durch überstürzte Erstellung von neuen Wohnungen ein großer Wohnungsüberschuß entstehen würde. Wir möchten zu diesem Punkt, ohne uns im übrigen heute schon für oder gegen den Kampffmeierschen Entwurf auszusprechen, auf einen B o r t e l l aufmerksam machen, der aus einem solchen — jedenfalls erst nach Jahren zu erwartenden — Wohnungsüberfluß erwachsen könnte, nämlich auf die, wenn wir nicht irren, auch von Kampffmeier ins Auge gefaßte Möglichkeit einer Sanierung des Volkswohnungswesens durch die Ausmerzung der zahlreichen menschenunwürdigen Behausungen in Hintergebäuden und Seitenschüßeln, in denen heute noch viele Tausende von Volksgenossen auf engem Raum zusammengedrängt ohne Luft und Sonne verkommen müssen. Mit diesen Brutstätten der Tuberkulose und anderer Volkskrankheiten aufzuräumen wäre ein Ziel, das die Wiedererstarbung des deutschen Volkskörpers beschleunigen und den Aufwand einiger Millionen lohnen würde. —

Die neuen Steuervorlagen im Haushaltsausschuss des Landtags.

oc. Der Haushaltsausschuss befaßte sich gestern mit den neuen Steuervorlagen. Vor ihrer Erörterung entspann sich eine längere Debatte über einzelne Notizen und Artikel der Karlsruher Tageszeitungen. Dabei wurde betont, daß die Faltung der einzelnen Presseorgane mehr mit der Tätigkeit der Fraktionen in den Parlamenten in Einklang gebracht werden müßte, wenn ein gezieltes Arbeiten innerhalb der Koalitionsregierung ermöglicht werden soll.

Bei der Johann beginnenden Besprechung der Steuervorlagen wurde eingehend über die Einwürfe des Mannheimer Fabrikantenvereins und der Mannheimer Handelskammer debattiert. Würde man ihren Wünschen stattgeben, so müßte man mit einem Steueranstieg von schätzungsweise 30 Mill. Mark rechnen. Von Regierungseite wurde erklärt, daß das Verlangen der Mannheimer Handels- und Industriekreise unerfüllbar sei, dagegen wolle man bestimmen, daß das Wertsteuersystem der Aktiengesellschaften nicht der doppelten Besteuerung unterworfen werde. Im weiteren Verlauf der Besprechung erklärte sich die Regierung grundsätzlich bereit die unteren Steuerklassen möglichst zu schonen. Der Antrag der Sozialdemokraten, alle Einkommen bis zu 6000 M. von dem vorgesehene weiteren Steuerzuschlag zu befreien wurde mit 11 gegen 2 Stimmen bei vier Stimmenthalten angenommen.

Die neuen Lohnforderungen der Eisenbahner.

oc. über die neuen Lohnforderungen der badischen Eisenbahner, von denen Finanzminister Dr. Wirth im Haushaltsausschuss des badischen Landtags sprach, wird berichtet, daß sich damit eine in Mannheim abgehaltene Konferenz der Vertrauensmänner der badischen Eisenbahner beschäftigt hat. Es wurden verlangt für Handwerker im Alter von 18—20 Jahren 400 M., von 21—25 Jahren 450 M. und von 26 Jahren ab 500 M. pro Monat. Die Handwerker ohne Ortszulagen sollen im Monat 20 M. weniger erhalten. Für Handarbeiter werden in gewisser Abstufung für die Klasse I 350—450 M. und für die Klasse II 375—475 M. pro Monat verlangt. Wie schon mitgeteilt, erklärte der Finanzminister, vor dem Abbau der Lebensmittelpreise auf die neuen Forderungen nicht eingehen zu können.

Einreise von Schülern und Studenten in das besetzte Gebiet.

* Von zuständiger Stelle wird uns mitgeteilt: Schülern und Studierenden, die Unterrichtsankalten im unbefestigten Gebiet Deutschlands besuchen, wurde es bisher im allgemeinen nicht gestattet, gelegentlich der Ferien vorüber-

gehend in das besetzte Gebiet zu reisen, auch dann nicht, wenn sie dort beheimatet waren. Auf eine Anfrage des Unterrichtsministeriums wurde durch den Befehlshaber der alliierten VIII. Armee dem Abschnittskommandeur der neutralen Zone Abschnitt V mitgeteilt, es sei unmöglich, eine bindende Zusage für die kommenden Ferien zu machen, wahrscheinlich würde aber mit der Gestattung der Einreise in das besetzte Gebiet gerechnet werden können.

Dies wird mit dem Anfügen bekannt gegeben, daß es dem Einzelnen überlassen bleiben muß, sich rechtzeitig durch Vermittlung des Abschnittskommandos V in Karlsruhe um die Erlaubnis zur Ein- und etwaigen Wiederausreise zu bemühen, falls sich nicht bis Ende des Schuljahres bezw. Semesters durch die Ratifizierung des Friedens grundlegende Änderungen in dem Verlehr zwischen den beiden Gebieten ergeben sollten.

Aufnahme in den mittleren Verwaltungsdienst.

* Gesuche um Aufnahme in den mittleren Verwaltungsdienst sind, wie uns amtlich mitgeteilt wird, nicht beim Ministerium des Innern, sondern bei den Bezirksamtern einzureichen, die auch Auskunft über die erforderlichen Vorbereitungen erteilen.

Der Sacharinschmuggel

soil zurzeit einen sehr erheblichen Umfang angenommen haben. In Rorschheim soll in letzter Zeit Sacharin zum Preise von 900 M. für 1 Kg. von einer Schweizerin angeboten worden sein, auch wird dort Sacharin in vielen Drogen und Wädeln verkauft und selbst in Schaufenstern ausgestellt. Dies hat, wie wir von zuständiger Stelle erfahren, Veranlassung gegeben, daß die Bezirksamter angewiesen wurden, den Verlehr mit Sacharin scharf zu überwachen.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Schwetzingen, 11. Juli. Beim Transport eines Schwerverbrechers durch einen Gen darmen wurde der Verbrecher von vier Männern gewaltsam befreit. Er wurde jedoch schon am Abend mit zweien der Täter verhaftet. Einer laut „W. Fr.“ beabsichtigten allgemeinen Gefangenendefektion wurde durch entsprechende Maßnahmen vorgebeugt.

BC. Baden, 9. Juli. Der Bürgeranstalt hat den städt. Vorschlag angenommen. Die Umlage muß um 9 Pf., also auf 49 Pf. für 100 M. Steuerwert des Regenschafis- und Betriebsvermögens erhöht werden.

Badische Zeitungsstimmen.

Erzbischof Körber beim badischen Ministerpräsidenten.

* Wie mitgeteilt wird, hat Erzbischof Thomas Körber bei seinem letzten Aufenthalt in Karlsruhe dem Ministerpräsidenten Geis einen Besuch abgestattet. „Man geht“, so schreibt der „Volkstreu“ dazu, „wohl nicht fehl, wenn man in diesem Besuch des Erzbischofs beim Ministerpräsidenten einen reinen Höflichkeitssakt erblickt. Früher hat der Erzbischof als oberster Kirchendiener dem Großherzog seine Aufwartung gemacht, heute macht er sie dem Ministerpräsidenten, der unter den jetzigen Verhältnissen als Repräsentant der obersten Staatsbehörde anzusehen ist. Allerdings hätte der Erzbischof den Besuch heute auch ebenjogut unterlassen können und unter diesem Gesichtswinkel kann der Besuch mehr sein, wie ein Akt der Höflichkeit. Dem alten Zustand, wo Kirche und Sozialismus einander wie feindliche Brüder aus dem Wege gehen, hat die Revolution eben zwangsweise das Ende bereitet, in der Weise, daß eben die Kirche mit dem Sozialismus als eine gegebene Sache sich abfinden muß. Auf der andern Seite gewinnt die Überzeugung immer mehr Raum, daß sich die beiden großen Kulturbewegungen Christentum und Sozialismus bezw. Kirche und Sozialdemokratie auf einer Verständigungsbasis zusammenfinden müssen.“

Aus der Landeshauptstadt.

* Erneute Einschränkung der Gaslieferung. Das städtische Gaswerk macht bekannt, daß infolge Kohlenmangels nur noch in den Zeiten von halb 6 bis halb 8 Uhr morgens, 11 bis 1 mit tags und 6 bis 8 Uhr abends Gas an die Verbraucher abgegeben werden kann. Auch während der Sperrzeit ist äußerster Sparfameit im Gasverbrauch dringend geboten, da die Kohlenvorräte des Gaswertes erschöpft sind, vor Dienstag keine Gaslieferung zu erwarten ist und die Abgabe aus den aufgespeicherten Gasvorräten nur bei äußerster Einschränkung des Verbrauchs aufrecht erhalten werden kann. Andernfalls muß mit vollständiger Einstellung der Gaslieferung gerechnet werden, was sie auch in andern süddeutschen Städten eingetreten ist oder nahe bevorsteht. Alle Bemühungen, ausfallsweise Kohlen von der Kohlenausgleichsstelle Mannheim zu erhalten, sind bis jetzt ohne Erfolg geblieben.

Johannisfeier. Der Karlsruher Buchdruckerverband veranstaltet heute Samstag in der Festhalle eine Johannisfeier, bei der eine Anzahl bekannter Künstler mitwirken wird, darunter die Opernsängerin Fr. Gerla Rein vom Stadttheater in Köln, Herr Konzertfänger Neuhaus aus Karlsruhe und Herr Schauspielere Giesel vom hiesigen Landestheater. Das genutzte Programm wird von Vorträgen des gut gestalteten Chors der „Typographia“ umrahmt sein.

Staatsanzeiger.

Das Staatsministerium hat unterm 7. Juni d. J. den Oberverwaltungssekretär Ludwig Reuther beim Verwaltungsgerichtshof seinem Ansuchen entsprechend wegen leibender Gesundheit auf 1. Juli d. J. in den Ruhestand versetzt.

Das Staatsministerium hat unterm 24. Juni d. J. beschloffen, den Hauptlehrer Paul Frank an der Volksschule in Mannheim zum Schulinспектор beim Kreissschulamt Mannheim zu ernennen.

Das Staatsministerium hat unterm 24. Juni d. J. dem Inspektionsbeamten beim Gewerbeaufsichtsamte, Obergewerbearzt Dr. Friedrich Holkmann die Stelle eines Mitglieds bei dieser Behörde übertragen.

Das Staatsministerium hat unterm 24. Juni d. J. die Notare Justizräte Ludwig Weibrauch in Redargemünd und August Meier in Freiburg ihrem Antrag entsprechend zum 1. Oktober d. J. in den Ruhestand versetzt.

Das Staatsministerium hat unterm 27. Juni d. J. beschloffen, auf 1. Oktober d. J. den ordentlichen Professor für Strafrecht, Strafprozeß und Kirchenrecht an der Universität Heidelberg, Geh. Hofrat Dr. Karl von Lilienthal unter Festsetzung seines Ruhegehalts auf den Betrag des Einkommensanschlages in Höhe von 8500 M. seinem Ansuchen entsprechend in den Ruhestand zu versetzen.

Musestand zu versehen und ihn zum ordentlichen Honorarprofessor zu ernennen.

Das Staatsministerium hat unterm 27. Juni d. J. beschlossen, den Professor an der Bauwerkerschule Karlsruhe, Bauart Bernhard Hofmann, auf sein Ansuchen in den Ruhestand zu versetzen.

Mit Entschliessung des Staatsministeriums vom 27. Juni d. J. wurde das Mitglied der Generaldirektion der Staatseisenbahnen, Oberbaudirektor Georg Grund auf Ansuchen am 1. Oktober 1919 in den Ruhestand versetzt.

Das Staatsministerium hat unterm 28. Juni d. J. beschlossen, den Regierungsbaumeister a. D. Gisbert von Teuffel mit Wirkung vom 1. Oktober d. J. zum etatmäßigen außerordentlichen Professor in der Architekturabteilung der Technischen Hochschule Karlsruhe zu ernennen.

Das Staatsministerium hat unterm 28. Juni d. J. dem Postinspektor Emil Ernst aus Schifflung, Amt Baden, mit Wirkung vom 1. April d. J. ab, unter Ernennung zum Vize-Postdirektor, die Vize-Postdirektorstelle bei dem Postamt 1 in Mannheim übertragen.

Das badische Staatsministerium hat unterm 28. Juni d. J. den Archivar des Landtags, Direktor Adolf Roth, auf sein Ansuchen wegen vorgerückten Alters auf den 1. April 1920 in den Ruhestand versetzt.

Das Staatsministerium hat den Vorstand der Kulturinspektion Karlsruhe Bauart Hugo Kühnthal auf sein Ansuchen

wegen vorgerückten Alters auf den 1. Oktober d. J. in den Ruhestand versetzt.

Das badische Staatsministerium hat unterm 5. Juli d. J. den Geh. Oberregierungsrat Gustav Arnold im Ministerium des Innern zum Ministerialdirektor dieses Ministeriums, den Amtsvorstand Oberamtmann Otto Peers in Trüberg zum Vortragenden Rat beim Ministerium des Innern mit Wirkung vom 1. Juli d. J. an ernannt.

Das Ministerium der Justiz hat unterm 14. Mai d. J. die Justizsekretäre Karl Martin beim Amtsgericht Donaueschingen zum Amtsgericht Vörsberg und Alois Düber beim Notariat Meßkirch zum Amtsgericht Donaueschingen versetzt.

Das Justizministerium hat unterm 26. Juni d. J. den Justizsekretär Theodor Weis beim Notariat Freiburg IV, V, VII zum Amtsgericht Freiburg versetzt.

Vom Ministerium der Justiz ist unterm 26. Juni d. J. der frühere Rechtsanwalt Wilhelm Engler aus Mannheim als Rechtsanwalt beim Landgericht Mannheim mit dem Wohnsitz in Mannheim zugelassen worden.

Das Justizministerium hat unterm 28. Mai d. J. den Justizsekretär Anton Boss beim Amtsgericht Mosbach zum Notariat Bühl versetzt.

Mit Entschliessung des Ministeriums des Auswärtigen vom 4. Juli d. J. wurde den Oberpostassistenten Karl Heize in Konstanz, Adolf Renner in Trüberg, Rupert Stiff in Billingen, Hugo Streibert in Konstanz und Leonhard Bach in Offenburg

mit Wirkung vom 1. Juli d. J. ab der Charakter als Postsekretär verliehen.

Das Ministerium des Innern hat unterm 2. Juni d. J. dem früheren Amtskassier Karl Rudy die etatmäßige Amtsstelle eines Amtskassiers mit der Amtsbezeichnung Verwaltungsssekretär beim Bezirksamt Weinheim übertragen.

Das Ministerium des Innern hat unterm 25. Juni d. J. die Versetzung des Verwaltungs-Sekretärs Deß beim Bezirksamt Konstanz zum Arbeitsministerium zurückgenommen.

Das Ministerium des Innern hat unterm 26. Juni d. J. den Amtskassier beim Bezirksamt Karlsruhe, Verwaltungssekretär Johann Wegmann in gleicher Eigenschaft zum Verwaltungsssekretär versetzt.

Die Zoll- und Steuerdirektion hat versetzt: unterm 18. Juni d. J. die Finanzsekretäre Karl Keller in Laubersbühl zum Finanzamt Stodach und Joseph Krenke in Oberkirch zum Finanzamt Bruchsal, unterm 27. Juni d. J. den Finanzsekretär Karl Dimmelbach in Emmendingen zur Rechnungsstelle der Zoll- und Steuerdirektion.

Die Generaldirektion der Staatseisenbahnen hat unterm 1. April d. J. den Baufachsekretär Franz Wohlgenuth in Singen nach Offenburg versetzt.

Die Generaldirektion der Staatseisenbahnen hat unterm 7. Juli d. J. den Eisenbahnassistenten Max Stauffert in Mannheim zum Eisenbahnsekretär befördert.

Amtliche Bekanntmachung.

Vorfahrtsgewehr betr.
Mit der diesjährigen Vorfahrtsgewehr wird am Montag, den 14. Juli 1919 begonnen.
Die Hausbesitzer und Hausbewohner haben den Feuerwaffnern den Zutritt in das Haus und die Befichtigung aller Hausräume zu gestatten.
Karlsruhe, den 10. Juli 1919.
Bezirksamt. D.-S. 211

Städtisches Konzerthaus.

Sonntag, den 13. Juli 1919
Bruder Straubinger
Anfang 7 Uhr
Konzerthaus. Dienstag, den 15. Juli: **Mölein auf der Heiden**, 7 1/2 Uhr. Mittwoch, den 16. Juli: **Bruder Straubinger**, 7 1/2 Uhr. Donnerstag, den 17. Juli: **Die Rose von Stambul**, 7 1/2 Uhr. Freitag, den 18. Juli: **Frühlingslust**, 7 1/2 Uhr. Samstag, den 19. Juli: Zum ersten Male: **Die Faschingsfee**, 7 1/2 Uhr. Sonntag, den 20. Juli, nachmittags 2 Uhr: **Das Dreimäderlhaus**. Abends 7 Uhr: **Die Faschingsfee**.

Der moderne Metallarbeiter
Ratgeber f. Dreher, Schlosser u. Maschinenbauer. 5. Aufl. 400 S. mit 150 Abb. und 21 Tabellen. Von **Otto Schwenn**. Dieses Werk setzt jeden Metallarbeiter in den Stand, schnell und sicher die vorkommenden Berechnungen b. Näher an Drehbänken z. Gewinnschnitten vornehmen zu können. Es enthält Festigkeitslehre, Stahl und seine Verwendung, Berechnung der Tourenzahl, um fönisch z. drehen, Umrechnung v. Zoll in Millimeter, Fräsen v. Zahnrädern, Kurven u. Spiralen, Bestimmung d. Hertzschichten u. vieles and. Wissenswertes. Geg. Einf. v. M. 6.75 (Nachh. 6.90). **Edm. Hermann**, Abt. 15, Berlin, Friedrichstr. 51. (Postfach 798). — Im selben Verlag erschien: **Kalkulation im Maschinenbau u. mod. Arbeitsmethoden**. 288 S. 153 Abb. Gegen Einfand. v. M. 6.75 (Nachnahme M. 6.90).

Worret
wieder lieferbar!
Soeben erschien:
Leitfaden der allgemeinen Musiklehre u. Grundlagen der Klaviertechnik
von **Friedrich Worret**
Lehrer am Konservatorium Karlsruhe
5. Auflage
Preis Mark 4.20
Verlag der G. Braunschen
Hofbuchdruckerei in Karlsruhe

Bis mancher drauf kommt,
daß **B. M. D. Kornpulverpatrone**
und **Expres** mit Plättchenpulver die besten Marken Deutschlands sind, hat er manchen? vorbeigeschossen!! Stets in Originalfüllung vorrätig. G.270
Reinhold Andrée, Inh. W. Demand
Waffen- u. Munitionhandlung Karlsruhe, Waldstr. Gewehrfabrik in Suhl i. Thür.

Obstlehrgutsäckingen
Aufnahme von jungen Mädchen gebildeter Stände. Ausbildung in Haus- u. Gartenwirtschaft und Geflügelzucht. Beginn am 1. Oktober. 689
Näheres durch Prospekt.

Altertümer
Ich kaufe zu angemess. Preisen: **Alttertümliche Möbel** jed. Art, **Porzellane**, insbesond. figurliche Darstellungen, wenn auch defekt, Gemälde, Kupferstiche, Miniaturbildchen auf Elfenbein od. Porzellan, Goldschmuck alt. od. neu. Art, auch Bruchgold. **Antiquitätenhandlung Arnold Fischl** Kaiserstr. 140, neben Roninger, Fernspr. 8166.

Altertümer:
Porzellanfiguren, Tassen, Teller, Möbel, Uhren, Gläser, Stickereien, Bilder, Bücher, auch ganze Bibliotheken, sucht fortwährend zu kaufen
Antiquar Sasse, Kaiserstr. 233. Tel. 1154

Büdo
N. 20
wertvolle Sammelmärken
erzeugt lackartigen Glanz und macht das Schuhzeug dauerhaft!
Büdowerk Schwanningen W.

Gesucht
wird für die Verwaltung einer umfangreichen Versorgungsregelung Badens
gewandter erfahrener Kaufmann
erste Kraft — mit besonderer Befähigung, selbständig zu disponieren und organisieren. Bewerber wollen sich nur solche Kaufleute, die sich in selbständiger Stellung — womöglich im Großhandel — nach dieser Richtung hin bewährt haben. Bewerber, die diesen Anforderungen entsprechen, wollen ihre Angebote nebst Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Angabe der Gehaltsforderungen unter **L 3498** an **Hansen & Vogler** A.-G., Karlsruhe, richten. G.701

Bürgermeisterstelle
Die über 3000 Einwohner zählende, aufblühende Gemeinde **Weil**, Amt Vörsberg, in zukunftsreicher Lage an der Schweizer und Elsäßer Grenze gelegen, schreibt die Stelle eines **Bürgermeisters** zur freien Vererbung aus. Tüchtige, energische Kräfte, womöglich schon in der Gemeindeverwaltung tätig gewesen oder solche mit juristischer Vorbildung, wollen ihre Bewerbungen unter Beilage eines Lebenslaufs und Angabe der Gehaltsansprüche bis **31. Juli ds. J.** richten an den Gemeinderat. G.703.21
Weil, den 9. Juli 1919.
Der Gemeinderat.

Badische Kleider-Klinik
30 Zirkel 30 (gegenüber der „Bad. Presse“) **Telephon 4120**
Reparatur-, Bügel- und Reinigungs-Anstalt.
Umänderungen jeglicher Art werden unter Garantie für tadellosen Sitz ausgeführt. **Prompte Bedienung.** Billige Preise.
WOLF AMSTOWSKI. G.96

Durchaus zuverläss. Vertreter
oder geeignete Firma zum Vertrieb meiner **Wasserapparate mit gebogener Klinge**, lose und im Gehäuse, **Wasserflinger, Abzweigmaschinen und Windsadenabschneider** sofort gesucht.
Präzisions-Metallwarenfabrik Adolf Balde
Dhüls-Edlingen.

Altertümer
in **Möbeln, Schmuck, Silber, Zinn** usw. **kauf** zu hohen Preisen
An- u. Verkaufsgeschäft Neukam, Rammstr. 6 im Hof. Tel. 3546

Auch für **Fahrräder** liefern wir nunmehr **Vollgummi-Radreifen** prompt ab Lager
Gebr. Rayers
G. m. b. H. **Düsseldorf 23**
Oststr. 124 Fernruf 4050
Telegramm-Adresse: Jora.

Zur Erwerbsgründung
5000 chemisch-technische Rezepte M. 10.—, 1000 chemisch-technische Rezepte M. 6.— zusammen M. 15.— Beide Werke von Chemikern L. Ranges. Gegen Nachnahme. **L. Schwarz & Comp.** Verlagsbuchhandlung, Berlin FA 14, Annenstraße 24.

Vertreter u. Verkäufer f. die neuesten Zeitschriften **sofort gesucht.**
Näher durch **H. Schmitt**, Mannheim, Badhofstr. 70.

Kontroll-Kassen, zu kaufen gesucht alle Arten gebrauchter National-Registrierkassen. Angebote erbeten unter **G.79** an die Exped. d. Karlsru. Zeitung.

Bürgerliche Rechtspflege
a. **Streitige Gerichtsbarkeit**
N.170.2 **Achern**. Der Fabrikarbeiter **Heinrich Bürt** von Kappelrodt hat das Aufgebot zur Ausschließung des Eigentümers des Grundstücks **Grundbuch zu Kappelrodt Band 17 Heft 28 Abt. I D.-S. 1** Lagerbuchnummer 2186 14 ar 49 qm Ackerland, 5 ar 85 qm Wiege =

gehobolmächtigen vertreten zu lassen.
Karlsruhe, 8. Juli 1919.
Gerichtsschreiber des Bad. Landgerichts.

N.171.2 **Vorzheim**. Frau **Max Vör** Witwe **Nanette geb. Vör** in Karlsruhe hat das Aufgebot des Hypothekendarlehn beauftragt, der vom Grundbuchamt Vorzheim am 18. September 1908 ausgestellt wurde über eine zinsfreien der Antragstellerin auf dem Grundstück der Gemarkung Vorzheim Gd. Nr. 7279 im Grundbuch Band 195 Heft 23 III. Abteilung Nr. 9 eingetragenen Hypothek über 4500 M. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf **Donnerstag, 6. Nov. 1919, vormittags 9 Uhr**, vor dem Amtsgericht **Bismarck** Nr. 18 anberaumten Aufgebotsstermine seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftlosklärung der Urkunde erfolgen wird.
Vorzheim, 7. Juli 1919.
Gerichtsschreiber A 3 *

Bericht, Bekanntmachungen Hochbauarbeiten
für eine neue Schulanstalt in **Lahr** nach Finanzministerialverordnung vom 3. Januar 1907 öffentlich zu vergeben.
N.183
Steinhauerarbeiten beifsg. 10 cbm Granit, 450 cbm Sandstein in Rosen von 50—150 cbm (rote Sandsteine).
Eisenbetonarbeiten mit beifsg. 4200 qm Eisenbetondecken.
Zeichnungen, Bedingungen, Arbeitsbeschreibung an Werttagen auf unserm Bureau Odenstraße 8 zur Einsicht. Dort auch Abgabe der Angebotsvorbrude. Kein Versand nach auswärts. Angebote, für Eisenbetonarbeiten auch statische Berechnung und Konstruktionszeichnungen, verschlossen, postfrei und mit der nötigen Aufschrift bis längstens **Wittmoos, den 30. Juli d. J., 10 Uhr** vormittags, bei uns einzureichen, wo auch gleichzeitige die Eröffnung stattfindet.
N.183
Zuschlagsfrist 14 Tage.
Offenburg, 11. Juli 1919.
Bezirksbauinspektion.

Fortsetzung der öffentlichen Versteigerung gegen Barzahlung: **Fundstücken** vom 1. Vierteljahr 1919 und unbestehlichen Frachtgüter am **Dienstag, den 15. Juli 1919, vormittags 8 Uhr** und nachmittags 2 Uhr beginnend in dem Versteigerungsraum **Karlsruhe Hauptbahnhof Eingang Magazinhof**, Karlsruhe, 11. Juli 1919, **Rechnungsbureau der Generaldirektion der Bad. Staatseisenbahnen.**